

08.10.2015 | Von: Axel Stefan Sonntag

Salz- und Nichtkohlenbergbau

## Für Äcker und Straßen

Im deutschen Kali- und Steinsalzbergbau arbeiten rund 10.000 Menschen. Das Geschäft ist vergleichsweise krisensicher: Salz braucht es im Winter, um die Sicherheit auf Straßen zu gewährleisten. Und Düngemittel sorgen für steigende Erträge auf begrenzten Anbauflächen.

K+S-Gruppe



Mit dem Firstanker-Bohrwagen werden 1,2 Meter lange Gewindestangen in die Decken der Grubenbaue gesetzt. Sie verbinden die Salzschichten miteinander und geben ihnen so mehr Festigkeit.

Der zurzeit zweitgrößte Bergbau in Deutschland nach der Braunkohle ist der Bergbau auf Kali und Steinsalze. Aus den Kalirohsalzen entstehen wichtige Kalium- und Magnesiumdüngemittel für die Landwirtschaft.

Mit steigender Weltbevölkerung wächst der Bedarf an Nahrungsmitteln. Bei begrenzt zur Verfügung stehenden landwirtschaftlichen Anbauflächen ist nur mit einer ausreichenden Düngung der Böden eine höhere Nahrungsmittelproduktion möglich. Damit leistet der Kalibergbau einen wichtigen Beitrag zur Lösung der internationalen Lebensmittelversorgung.

**Saisonaler Absatzhöhepunkt im Winter**

Der Salzbergbau in Deutschland gewinnt den wichtigen Grundstoff Natriumchlorid (Kochsalz) aus Steinsalz, Salzsole, Siedesalz und Meersalz (außerhalb Europas). Neben dem Hauptrohstoff für Industrie, Gewerbe, Winterdienst, Ernährung und Gesundheit gibt es weitere mehr als hundert Verwendungsmöglichkeiten für Salz. Die Verkaufssegmente sind Speise-, Gewerbe-, Auftau- und Industriesalz. Die wichtigsten Salzproduzenten in Deutschland sind Esco, SWS / Südsalz, Wacker Chemie / Salzbergwerk Stetten sowie einige Salinen. Deren „Absatz-Hochs“ sind – natürlich witterungsbedingt – im Winter.

Die Versorgung mit mineralischen Rohstoffen aus dem weiteren Nichtkohlenbergbau ist eine wesentliche Voraussetzung für industrielle Produktionen am Standort Deutschland. Dies gilt für Menge, Preis und Qualität.

### **Überplanung contra Wirtschaftlichkeit**

Die mit der Erkundung, Genehmigung, Planung und dem Betrieb bei der Rohstoffgewinnung zusammenhängenden hohen Vorlaufinvestitionen bedürfen der Planungs- und Rechtssicherheit. Zahlreiche Vorschriften und Gesetze zwingen den Rohstoffabbau in Deutschland in ein enges Korsett (beispielhaft seien genannt: Bundesberggesetz, Raumordnungsgesetz, Bundesbaugesetzbuch, Lagerstättengesetz, Wasserhaushaltsgesetz, Bundesimmissionsgesetz – von umfangreichen Umwelt-Vorschriften und EU-Vorgaben ganz zu schweigen).

Länderspezifisch gibt es darüber hinaus verschiedene Abwägungskriterien und unterschiedliche Laufzeiten in den für die Rohstoffsicherung wichtigen Regionalplänen. Teilweise treten konkurrierende Planung von Land und Kommunen erhebliche Schwierigkeiten bei der Nutzung von Lagerstätten auf.

Zusammen mit der Hans-Böckler-Stiftung hat die IG BCE die Studie „Die aktuelle Lage der rohstoffgewinnenden Industrie in Deutschland“ initiiert. Diese Untersuchung wird im Oktober/November 2015 abgeschlossen werden. Erste Ergebnisse liegen vor und weisen einen Beschäftigungseffekt (Ø 2008-2013) von ca. 270.000 Arbeitsplätzen auf.

Die IG BCE unterstützt den Gesetzesentwurf der Bundesregierung zum sog. „Fracking“ in wesentlichen Teilen und setzt sich für ein Erkundungsbohrprogramm in unkonventionellen Lagerstätten ein.

---

© 2019 IG-BCE Grafiken & Inhalte dieser Webseite sind urheberrechtlich geschützt  
IG BCE - Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie  
Königsworther Platz 6 | D-30167 Hannover

Telefon: &nbsp;0511-7631-0 | Telefax: &nbsp;0511-7000-891  
E-Mail: [info@igbce.de](mailto:info@igbce.de)